

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23 3 / 2016

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Neues aus dem Wahlkreis

Hennickendorf - Spargelbauer expandiert mit Milch und Beeren

Einen Crash-Kurs in Sachen Spargelanbau, Milchwirtschaft und Gemüseveredelung erhielt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum beim Besuch in der alten Hennickendorfer Kaserne. Dort hat der Spargelgroßbauer Ernst-August Winkelmann fünf Millionen Euro in Unterkünfte und in eine riesige Verarbeitungshalle investiert.

Hennickendorf. Über Rahmenbedingungen für Landwirtschaftsbetriebe im Kreis Teltow-Fläming wollte Danny Eichelbaum sprechen. Und er bekam bei seinem Besuch in Hennickendorf einen Crash-Kurs in Sachen Spargelanbau, Milchwirtschaft, Heidelberkkulturen und Gemüseverarbeitung. Der CDU-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses des Kreistags folgte der Einladung von Ernst-August Winkelmann.

Auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne hat der Spargelgroßbauer fünf Millionen Euro investiert und ein riesiges Zentrum zur Verarbeitung des Edelgemüses und zur Unterbringung der Saisonkräfte geschaffen. Eine organisatorisch wie technisch ausgeklügelte Infrastruktur, die einfach zu schade wäre, für die wenigen Wochen, die die Spargelernte dauert.



Zwar gelinge es, so Winkelmann, mit der bewussten und gezielten Anwendung von Folien, den Reifeprozess des Edelgemüses über einen längeren Zeitraum zu steuern. Dennoch ist am Johannistag meistens alles vorbei. Das soll sich bald ändern, kündigte Winkelmann an. Mit der Anpflanzung von Kulturheidelbeeren will er das Angebot seiner Spargelhöfe erweitern. Denn Heidelbeeren brauchen wie der Spargel leichte Sandböden. Und die ersten sind eine Woche nach dem letzten Spargelstechen erntereif. Das heißt: zusätzliche acht Wochen Saison.

Ernte und Veredelung des Spargels aus einer Hand

„Mit Spargel und Heidelbeeren beschäftigen wir uns sieben Monate im Jahr“, sagt Winkelmann. Dafür habe er die Arbeitskräfte, die Unterkünfte, die Veredelung und schließlich auch die Kunden. Denn bei Winkelmann wird nicht nur geerntet, sondern auch alles weiterverarbeitet bis zur Endverpackung. „Wir sind also wie der Getreidebauer mit eigener Mühle oder der Milchbauer mit eigener Molkerei“, beschreibt Winkelmann das Konzept seiner Standorte in Hennickendorf, Klaistow, Kremmen und im westfälischen Tonnenheide.

Apropos Milchwirtschaft: Ernst-August Winkelmann hat sich als Hauptgesellschafter an benachbarten Landwirtschaftsbetrieben – darunter die Alsai GmbH in Ahrensdorf und der Laprog GmbH Gottow – beteiligt. Damit hat er sich weitere Äcker gesichert, die er als Austauschflächen für die Spargelfelder nutzen will, die sich nach sechs bis acht Jahren Bewirtschaftung erst mal erholen müssen. „Wir wollen auf keinen Fall die Anbauflächen erweitern“, beteuert Winkelmann. Und er wolle auch nicht die Milchkuhhaltung seiner Beteiligungsgesellschaften abschaffen.

Im Gegenteil: Die hiesigen Sandböden mit ihren großen Weiden böten sich geradezu dafür an. Mit dem profitablen Spargel unterstütze man jetzt die darbende Milchwirtschaft. „Wer weiß, wann sich das mal umkehrt, denn nichts ist so beständig wie der Wandel“, sagt er nachdenklich. „Wir glauben fest an diesen Standort“, fügt der Landwirt aus Westfalen hinzu, „und werden mit der Produktion nicht ins Ausland gehen.“

Zahlen und Fakten

600 Saisonkräfte kommen bisher in der ehemaligen Kaserne im Pegasuspark unter.

200 zusätzliche Unterkünfte wurden geschaffen. 100 bis 200 weitere sollen noch entstehen.

3500 Tonnen Spargel wurden 2016 auf den Höfen von Winkelmann in Klaistow und Hennickendorf geerntet.

250 Tonnen Spargel pro Tag können in der neuen Spargelhalle verarbeitet werden.

Lieber holt er sich seine Erntehelfer aus Polen und Rumänien. Manche kämen schon in der zweiten Generation. Gezahlt wird nach Ernteerfolg. Der Mindestlohn wird garantiert. „Die Löhne werden hier versteuert, hier wird davon eingekauft und der Rest des Geldes ist in ihrer Heimat gut angelegt“, sagt der Spargelunternehmer. Von Hartmut F. Reck

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 28.09.2016

Landtagsabgeordneter auf Schul-Tour

Wie in jedem Jahr tourt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum auch in diesem Jahr durch die Schulen im Landkreis Teltow-Fläming. Am Montag begann seine Tour um 12 Uhr in der Grundschule Woltersdorf in Stülpe in der Gemeinde Nuth-Urstromtal. Bei seinem Besuch der Schulen möchte er mit Lehrern und Schülern über die Bildungspolitik im Land Brandenburg sprechen, insbesondere über die Personalsituation, die Schulausstattung und die allgemeine Unterrichtsversorgung. "Eine



gute Bildungspolitik ist die beste Investition in die Zukunft unseres Landes. Unsere Schüler haben ein Recht darauf, verlässlich guten Unterricht zu erhalten. Kinder und Jugendliche optimal fördern und fordern - das muss das Ziel der Bildungspolitik in Brandenburg sein", so Danny Eichelbaum. Im vergangenen Schuljahr fielen auch an den Schulen in Teltow-Fläming aufgrund des Lehrermangels viele Unterrichtsstunden aus, was vor Ort zu Unmut und Elternprotesten führte. Weitere Schulen, die Eichelbaum besucht, sind in Ludwigsfelde, Trebbin und Großbeeren.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 20.09.2016



25.09.2016 Kartoffelfest in Siethen

Beratung über das neue Wassergesetz

Ruhlsdorf. Über das neue Brandenburgische Wassergesetz und das Thema: "Bauen im Außenbereich" will der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum am Donnerstag mit Nuthe-Urstromtals Bürgermeisterin Monika Nestler (Linke) beraten. Die Politiker treffen sich in der Gemeindeverwaltung und werden sich dann zu Besichtigungen aufmachen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 07.09.2016



Rote Basecaps für die Abc-Schützen

Alle 45 Abc-Schützen der Grundschule Blankensee erhielten am ersten Schultag signalrote Basecaps von der Verkehrswacht. Damit sollen sie im Straßenverkehr besser gesehen werden.

Die 45 Abc-Schützen der Grundschule Blankensee sollen auf ihrem Weg zur Schule auf Anhieb zu erkennen sein. Sie erhielten am Montag ihre signalroten Mützen, die traditionell von der Verkehrswacht, der Dekra und der Landesregierung gesponsert werden. In die Blankenseer Klassen 1a und 1b war dafür extra der Präsident der brandenburgischen Landesverkehrswacht, Rainer Genilke (CDU), gekommen.

Autofahrer können Kinder mit Kappen besser erkennen



„Wir verteilen die Kappen heute nicht, weil sie uns so gut gefallen, sondern damit ihr im Straßenverkehr sicherer seid“, wandte er sich an die Erstklässler. Er rief die Mädchen und Jungen dazu auf, „dem Autofahrer in die Augen zu sehen, damit er euch auch sieht“. Den Kraftfahrern würden die roten Mützen signalisieren, dass hier Schulanfänger unterwegs sind, die möglicherweise noch ein bisschen unsicher sind, sich erst an den Schulweg gewöhnen müssen und auch Fehler machen.

Beim Verteilen der Mützen halfen Nico Degler (CDU), Vorsitzender Verkehrswacht Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum (CDU), Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Landtag, sowie Trebbins Vize-Bürgermeisterin Kerstin Pfeiffer. Collin aus der 1b, der am Montag Geburtstag hatte, durfte in seiner Klasse sein Käppi als Erster in Empfang nehmen.

Schule mit 170 Schülern aus 15 Orten

In die einzügige Grundschule mit 170 Schülern wurden in diesem Jahr erstmals seit vielen Jahren zwei 1.Klassen eingeschult. Die Mädchen und Jungen der insgesamt sieben Klassen kommen aus 15 Orten; 90 Prozent sind „Fahrschüler“. Schulleiterin Sabine Fröhlich bemüht sich jedes Jahr um die auffälligen Kopfbedeckungen für ihre jüngsten Schützlinge.

„Ich weiß aber auch, dass ein Drittel der Schüler ihre Mützen schon nach kurzer Zeit nicht mehr tragen“, sagte Sabine Fröhlich, „entweder weil sie lästig sind, der Mama nicht gefallen oder verloren werden.“ Sie gab den Erstklässlern den Rat, ihre Namen in die Mützen schreiben zu lassen. Die Abc-Schützen indes probierten ihre knallroten Basecaps gleich im Unterricht aus.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 06.09.2016

Die Erinnerung wach halten

Die Mauer und die innerdeutsche Grenze waren eindeutige Symbole der Missachtung von Menschen. Daran erinnerte die Großbeerener CDU am Samstag, 13 August in einer Gedenkveranstaltung an den Resten von Mauerteilen, die heute in Heinersdorf stehen. In ihrem Schatten wies Dieter Dombrowski, Mitglied des



Landtages und Vize-Landtagspräsident des Landtages Brandenburg auf die Bedeutung des Jahrestages hin. Nach der Begrüßung durch den CDU-Vorsitzenden Großbeeren, Dirk Steinhausen, erinnerte er an die Toten und das Leid, das ihre Angehörigen ertragen mussten, weil es diese Grenze gab. Für Dombrowski war es daher schwer zu ertragen, dass am selben Tage Institutionen in Berlin die Mauer immer noch als „Anti-Imperialistischen-Schutzwall“ bezeichneten. „Wie fühlen sich die Opfer und deren Angehörige“, fragte er rhetorisch an die Ewig-Gestrigen gerichtet. Mit dieser Einstellung würden das Leben und der Tod nachträglich

entwertet, setze er einen wichtigen Akzent. Für ihn sei es daher umso wichtiger, dass die Aufarbeitung der Geschichte des geteilten Deutschland nicht abflache.

Die anwesenden Gäste der Veranstaltung, darunter auch Danny Eichelbaum, Mitglied des Landtages für den Wahlkreis Teltow-Fläming und Detlef Helgert, CDU-Vorsitzender aus Ludwigfelde, honorieren diese Rede mit einem kräftigen Applaus. Auch Großbeerens Bürgermeister Carl Ahlgrimm fand deutliche Worte zur deutschen Teilung. Er erinnerte sich an seine Schulzeit, in der er die DDR aus dem Westen sah. Mit einfühlsamen Worten beschrieb er, wie er als Kind in einem Schulaufsatz beschrieb, wie er es empfand, dass seine in Thüringen wohnende Lieblingstante nicht mehr in den Westen zu Besuch kommen durfte. Auch Steinhausen verband seine einführenden Worte mit der Verknüpfung von Geschichte und Gegenwart. „Ein Besuch im ehemaligen Gefängnis in Bautzen, wo politische Häftlinge vom DDR-Regime der Gesellschaft entzogen wurden, hat mich sehr betroffen gemacht“, stellte er einen seiner Eindrücke dar. „Es ist wichtig, dass die nachfolgenden Generationen dieses Wissen bewahren und jede Form von Unrecht zu verhindern wissen. Mit den Relikten des Unrechtsregimes ist dies plastisch darstellbar“, fügte er an.

Gemeinsam legten Politiker und Gäste zum Ende der Gedenkveranstaltung einen Kranz und Blumen zum Gedenken an alle Opfer der Mauer nieder. Kleiner Wermutstropfen: „Es hätte den anderen in Großbeeren auftretenden Parteien gut zu Gesicht gestanden, wären sie der Einladung der CDU zur Gedenkveranstaltung in Heinersdorf gefolgt“, zeigte sich Norbert Stäblein, Schriftführer der CDU-Großbeeren betroffen. „Hier geht es nämlich nicht um Parteien, sondern um kraftvolle und eindeutige Stellungnahme für die Menschen. Beim anschließenden Sommerfest hätten wir uns gerne mit den Kollegen weiter ausgetauscht“.

Quelle: Pressemitteilung, 13. August 2016



16.08.2016 Grundsteinlegung für das neue Porta-Logistikzentrum in Trebbin



21.08.2016 Rollertreffen in Ludwigfelde

Sperenberg - Landesregierung bleibt zurückhaltend - Noch kein Votum für Multi-Energien-Kraftwerk Sperenberg

Das ambitionierte Öko-Energie-Projekt auf dem ehemaligen Flugplatz- und Militärgelände Sperenberg genießt offenbar keine besondere Priorität bei der Landesregierung. Man stehe zwar "Projektideen grundsätzlich offen und positiv gegenüber", lege sich aber nicht auf ein konkretes Projekt fest, heißt es in einer Antwort des Finanzministeriums auf eine Anfrage des CDU-Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum. Es wird auf den Koalitionsvertrag von SPD und Linke verwiesen, worin man sich geeinigt hatte, "am Standort Sperenberg ein Leitprojekt im Rahmen des EEG für ein speicherkombiniertes Erneuerbare-Energien-Kraftwerk umzusetzen". Im vorigen Jahr hatte Finanzminister Christian Görke (Linke) eine interministerielle Arbeitsgruppe für das Thema der Nachnutzung des Geländes angekündigt.

Bislang hatte es lediglich im November 2015 ein Gespräch unter Staatssekretären dazu gegeben, heißt es in der Ministeriumsantwort. Man setze sich aber weiter für das Ziel ein, "am Standort Sperenberg ein Leitprojekt für ein speicherkombiniertes Erneuerbare- Energien-Kraftwerk umzusetzen". Eichelbaum ist das ministerielle Engagement zu wenig. "Ich fordere die Landesregierung auf, sich intensiver als bisher in das Verfahren zur Realisierung eines Multi-Energien-Kraftwerkes einzubringen", sagt er, "die Kommunen, die sich auf die Aussagen der Landesregierung verlassen haben und eine kommunale Arbeitsgemeinschaft gebildet haben, dürfen jetzt nicht mit den planungs-, denkmalschutz- und baurechtlichen Problemen im Stich gelassen werden."

Die Gemeinden Nuthe-Urstromtal und Am Mellensee sowie die Städte Trebbin und Luckenwalde haben eine Arbeitsgemeinschaft gegründet. Darüber wollen sie das Projekt eines sogenannten Multi- Energien-Kraftwerkes (MEKS) verwirklichen. Geplant ist ein Hybridkraftwerk, das Ansätze der Stromerzeugung aus Wind und Sonne mit der Wasserstoffgewinnung zur Speicherung sowie der Netzeinspeisung für Strom und Gas verbindet. Strom für rechnerisch 145 000 Haushalte soll in einem mit bis zu 45 Anlagen bestückten Windpark und einer Photovoltaik-Freiflächenanlage erzeugt werden. Erst im Juli zum Auftakt des Konversionsommers hatte Finanzminister Görke das Vorhaben begrüßt. Ein positives Votum gibt es auch vom Kreistag, aus der Kreisverwaltung kommen aber Bedenken, weil es für das Projekt keine planungsrechtlichen Grundlagen gibt. So sieht der Regionalplan Havelland- Fläming dort keine Flächen für Stromerzeugung vor.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 10.08.2016



13.08.2016 Beim Sommerfest der CDU-Großbeeren

Kritik an Zahl der Polizisten - Danny Eichelbaum: Situation in Zossen und Ludwigsfelde unbefriedigend

Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum hat die Personalsituation in den Polizeirevieren in Zossen und Ludwigsfelde als unbefriedigend kritisiert. "Im Vergleich zum Jahr 2010 muss heute ein Polizeibeamter im Polizeirevier Zossen und Ludwigsfelde je 100 Bürger mehr betreuen", sagte Eichelbaum. Er hatte mit seinem Fraktionskollegen Björn Lakenmacher Zahlen zur Personalsituation in den beiden Polizeirevieren beim Innenministerium abgefragt. Gleichzeitig mit der Verschlechterung der Personalsituation sei die Anzahl der Wohnungseinbrüche sowie der grenzüberschreitenden Straftaten überproportional gestiegen, so der CDU-Abgeordnete.

Tatsächlich lag das Verhältnis von Polizisten zu Bürgern im Revier Ludwigsfelde im Jahr 2011 bei einem Polizisten auf 3708 Einwohner. 2015 kam ein Polizist auf 3821 Einwohner. Insgesamt sind im Ludwigsfelder Polizeirevier derzeit 37 Beamte tätig. Eichelbaum kritisierte weiter, dass es im Jahr 2010 im Einzugsgebiet des Polizeireviers Zossen noch 86 Wohnungseinbrüche, im vergangenen Jahr jedoch 166 gab. Lediglich 20 Prozent dieser Straftaten wurden aufgeklärt. Auch im Bereich Ludwigsfelde sei ein Anstieg von Wohnungseinbrüchen zu verzeichnen gewesen, dort sei die Zahl von 64 im Jahr 2010 auf 181 im Jahr 2015 gestiegen, lediglich 14,5 Prozent der Taten konnten aufgeklärt werden. "Die Zahlen und Daten belegen, dass die Polizeireform der rot-roten Landesregierung nicht zu mehr Sicherheit in Teltow-Fläming geführt hat", sagte Eichelbaum.

Positiv sei aber der Neubau des Polizeireviers in Ludwigsfelde zu bewerten. "Die Arbeitsbedingungen für die Polizeibeamten haben sich im Vergleich zum alten Polizeirevier wesentlich verbessert." Falsch findet er aber, dass es noch immer keine Arrestzelle in Ludwigsfelde gibt und deswegen alle Festgenommenen nach Luckenwalde gebracht werden müssen. "Das kostet Zeit und es fehlen dadurch Polizisten vor Ort", kritisierte der Landtagsabgeordnete. Außerdem forderte er eine Aufstockung des Personals in der Außenstelle Großbeeren, dort nehme die Kriminalität weiter zu. cas

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 03.08.2016



14.08.2016 Gurkenfest in Golßen

31.07.2016 Fischerfest in Mellensee



Antrittsbesuch des Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum im neuen Gebäude des Polizeireviers Ludwigsfelde

Eichelbaum fordert mehr Sicherheit für die Polizisten, eine Gewahrsamszelle in Ludwigsfelde und mehr Polizeibeamte in Großbeeren

Der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum besuchte am heutigen Tag gemeinsam mit der Vorsitzenden des Fördervereins der Freiwilligen Feuerwehr Ludwigsfelde, Carla Karstädt, und dem Stadtverordneten und Mitglied des Polizeibeirates Detlef Helgert das neue Polizeirevier in Ludwigsfelde. Als Willkommensgeschenk überreichten Danny Eichelbaum und Carla Karstädt den Polizeibeamten eine Blumenpflanze und eine Dankesurkunde des Fördervereins der Freiwilligen Feuerwehr. Dennoch fehlt nach Ansicht der Besucher noch etwas Farbe im neuen Gebäude. Deshalb ruft der CDU-Landtagsabgeordnete die Schülerinnen und Schüler von Ludwigsfelde auf, Bilder für die Polizeiwache zu malen, welche die Räumlichkeiten der Wache verschönern und eine angenehmere Atmosphäre im Revier schaffen. Ob gemalte Bilder oder Kollagen, alles ist bei den Beamten vor Ort gerne gesehen.“ Dieser Aufruf wurde dankend von der Polizeiführung in Ludwigsfelde aufgenommen.



Der Leiter des Polizeireviers Sven Wagner und Revierpolizist Ingo Herbert führten die Besucher durch das neue Gebäude.

Nachdem sich Eichelbaum über mehrere Jahre für den Neubau des Polizeireviers in Ludwigsfelde eingesetzt hatte, konnte er nun mit Freude feststellen, dass sich der Kampf gelohnt hat. „Die Arbeitsbedingungen für die Polizeibeamten haben sich im Vergleich zum alten Polizeirevier wesentlich verbessert. Das haben die Polizeibeamten auch verdient, denn sie machen tagtäglich einen guten Job! Positiv konnte ich feststellen, dass auch die Polizeibeamten vor Ort bei der Planung des Gebäudes ein gewisses Mitspracherecht hatten.“, so Danny Eichelbaum.

Einiges muss aber noch nachjustiert werden. „Es ist nicht nachvollziehbar, dass es auch im neuen Revier keine Arrestzelle gibt und die Arrestanten aus dem gesamten Norden des Landkreises nach Luckenwalde gebracht werden müssen. Das kostet Zeit und es fehlen dadurch Polizisten vor Ort. Außerdem benötigt die Außenstelle des Polizeireviers in Großbeeren aufgrund der gestiegenen Kriminalitätsbelastung dringend eine Personalaufstockung. Auch das Sicherheitskonzept innerhalb des neuen Reviers ist noch verbesserungswürdig. Eine offene und bürgerfreundliche Polizei vor Ort ist wichtig, gleichzeitig muss aber auch der Schutz der Beamten im Gebäude zu jeder Zeit gesichert sein. In diesen Punkten muss der Innenminister nachbessern.“, so Eichelbaum.

Quelle: Pressemitteilung, 22. Juli 2016

Polizeiwache Zossen - Schreiber: Kampf hat sich ausgezahlt

Die Zossener Bürgermeisterin Michaela Schreiber (Plan B) hat den Erhalt des kompletten Polizeireviers in Zossen begrüßt. Der Kampf habe sich ausgezahlt, sagte sie und lobte die Unterstützung der Nachbarkommunen für Zossen. Auch die Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum (CDU) und Christoph Schulze (BVB/FW) zeigten sich erfreut.

Zossen. Mit Genugtuung hat Bürgermeisterin Michaela Schreiber (PlanB) auf die Äußerung von Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) reagiert, dass die Verlagerung von Teilen des Polizeireviers Zossen nach Ludwigsfelde vom Tisch sei. Wie berichtet erklärte Schröter, dass die 25 Beamten des Wach- und Wechseldienstes, sechs Kriminalisten und zwölf Revierpolizisten am Zossener Marktplatz bleiben.

Lob für Nachbargemeinden

Damit habe sich der wochenlang gemeinsam geführte Kampf für den kompletten Erhalt des Polizeistandortes Zossen ausgezahlt, so Schreiber. Sie hofft, dass die Debatte nun tatsächlich beendet ist und künftig die Vorteile der unmittelbaren Nachbarschaft von Polizeirevier, Rettungswache, Feuerwehr und Rathaus zum Tragen kommen.

Schreiber zufolge sei es äußerst hilfreich gewesen, dass sich nicht zuletzt auch die Bürgermeister der anderen von der Standortentscheidung betroffenen Kommunen – Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf und Am Mellensee – hinter Zossens Engagement für den Erhalt des Polizeireviers gestellt haben. Zudem zeigten mehr als 8100 Bürger in kürzester Zeit im Rahmen einer Unterschriftenaktion, was sie von den Verlagerungsplänen der Landesregierung halten. Weiter wandten sich die Stadtverordneten mit einem offenen Brief an Innenminister Schröter.

Eichelbaum fordert mehr Polizisten in Zossen

Es sei gut, dass das Innenministerium in letzter Minute die Notbremse gezogen habe und am Bestehen des Polizeireviers in Zossen festhalte, so der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU). Seine Fraktion und der Landtagsabgeordnete Christoph Schulze (BVB/Freie Wähler) traten aktiv für den Standorterhalt ein. „Eine andere Entscheidung wäre angesichts des Sicherheitsbedürfnisses der Bevölkerung und der Kriminalitätslage rund um Zossen nicht vermittelbar gewesen“, sagt Eichelbaum. Angesichts des Agierens internationaler Banden und erhöhter Einbruchszahlen forderte er mehr Stellen für die Polizei in Zossen und Ludwigsfelde, „um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten“.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 21.06.2016

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Landkreis sucht nach Lösung - Lkw-Lärm raubt Neuhofern den Schlaf

Die Anwohner der Neuhofer Dorfstraße haben ein Lärmproblem. Vor allem frühmorgens und nachts holpern Lkws durch den kleinen Wünsdorfer Ortsteil. Dann ist an Schlaf nicht mehr zu denken. Das will sich der Neuhofer Thomas Böhm nicht länger gefallen lassen. Gemeinsam mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum sagt er dem Verkehrslärm den Kampf an.

Neuhof. Wenn frühmorgens die ersten Lkw über die Neuhofer Dorfstraße poltern, dann ist an Schlaf nicht mehr zu denken. Nachts ist es noch schlimmer. „Deshalb habe ich mich dieses Problems angenommen, um Abhilfe zu schaffen“, sagt Thomas Böhm. Als betroffener Anlieger und PlanB-Sprecher wandte er sich an den Kreis- und Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum (CDU). Gemeinsam sagen beide dem Verkehrslärm den Kampf an.

Anwohner zählen bis zu 400 Lkw täglich

„Rund 350 bis 400 Lkw passieren täglich diese Straße“, so Böhm. Das habe eine Zählung mit Strichlisten ergeben. Allzu oft rasten Brummis mit deutlich höherer Geschwindigkeit als den erlaubten 50 Kilometern pro Stunde vorbei. Deshalb fordere er Tempo 30 im ganzen Dorf und die Überwachung der Einhaltung der Höchstgeschwindigkeit.

Mit diesen Anliegen hatte sich Böhm an Danny Eichelbaum gewendet. Dieser schilderte Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) die Situation in einem Brief. Darin fragt er beispielsweise an, welche Voraussetzungen notwendig sind, um ein Fahrverbot für Lkw auf der Neuhofer Dorfstraße beziehungsweise eine Begrenzung der Geschwindigkeit auf 30 km/h zu erwirken.

Problem entsteht durch Ausweichverkehr

„Mittlerweile stapeln sich solche Briefe bei mir“, so Eichelbaum. Mal gehe es um schlecht ausgedachte Umleitungen, mal um den Baustillstand bei der Ortsumfahrung Thyrow. „Vor allem aber klagen die Bürger über akute Lärmbelastungen durch den Lkw-Ausweichverkehr, der durch verschiedene Straßenbaumaßnahmen im Landkreis und die Mauteinführung entstanden ist.“ Aktuelles Beispiel sei das Neuhofer Problem mit der Kreisstraße 7226.

Eichelbaum zufolge teilt man in der Kreisverwaltung die Sorgen der Bürger. So stellt die zuständige Dezernentin Silke Neuling in einem Schreiben an ihn fest, dass „gegenwärtig Baumaßnahmen auf mehreren Straßen des Landkreises zu zusätzlichen Belastungen von Anwohnern an Straßen führen.“ Hinweise aus anderen Gemeinden legten die Vermutung nahe, dass der überregionale Schwerverkehr auf der Bundesstraße 96 über die Neuhofer Dorfstraße und die anschließende Landesstraße 70 zur B101 in Richtung A10 und Berlin ausweiche. Ursache dafür sind nach Einschätzung der Kreisverwaltung vermutlich die seit mehreren Wochen auf der B 96 im Bereich der Stadt Zossen stattfindenden Bauarbeiten.

Eichelbaum: Baumaßnahmen besser abstimmen

Eichelbaum fordert, dass die Behörden ihre Straßenbaumaßnahmen besser abstimmen und koordinieren, um die Verkehrs- und Lärmbelastung der Anwohner so gering wie möglich zu

halten. Außerdem sollte die Straßenverkehrsbehörde schneller Geschwindigkeitsbegrenzungen veranlassen, um die Anwohner von Straßen zu schützen, die als Umleitungen benutzt werden.

Aktuell sei man dabei, „die tatsächlichen Verkehrsdaten auf der Kreisstraße in Neuhoof zu ermitteln“, so Hubert Grosenick, Leiter des Straßenverkehrsamtes. Überprüft würden unter anderem die durchschnittliche Verkehrsbelastung an allen Wochentagen, die Zusammensetzung des Verkehrs (Schwerverkehr, Pkw-Verkehr) und die Geschwindigkeit der Fahrzeuge. Um ein möglichst genaues Bild zu bekommen, habe man die Datenerhebung extra nicht in der Sommerferienzeit vorgenommen, sondern bis zum Beginn des neuen Schuljahres gewartet. So werde auch der Schülerverkehr erfasst. Wegen der Anbindung der Neuhofer Dorfstraße an die Landesstraße 70 seien Rückschlüsse auf die dortige Situation möglich.

Unterschriftensammlung auch in Kummersdorf-Alexanderdorf

Wie berichtet, hatten sich 134 Anwohner der L70 in Kummersdorf-Alexanderdorf im Rahmen einer Unterschriftensammlung an Landrätin Wehlan gewandt. Den Bürgern geht es darum, wegen des erhöhten Lkw-Aufkommens die erlaubte Geschwindigkeit im ganzen Dorf von 50 auf 30km/h zu senken, Verkehrsinseln zu schaffen und einen Blitzer aufzustellen. Von Frank Pechhold

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 13.09.2016



12.09.2016
Kreisparteitag der
CDU Teltow-
Fläming in
Luckenwalde



Eichelbaum unterstützt Kampf um Eigenständigkeit

Der Kreisvorsitzende der CDU Teltow- Fläming und Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum hat versichert, beim Kampf um die Eigenständigkeit von Teltow-Fläming an der Seite von Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) zu stehen. Er forderte seine SPD-Kollegen aus dem Kreis auf, sich ebenfalls dafür einzusetzen. Eine Zusammenlegung von Elbe-Elster und Teltow-Fläming widerspreche klar dem Leitbild der Landesregierung. Demnach können Landkreise 150 000 und 175 000 Einwohner eigenständig bleiben. Teltow-Fläming werde diese Zahl 2019 erreichen. Gemeinsam mit Elbe-Elster entstehe ein Riesenkreis mit 270 000 Einwohnern, dessen finanzielle Hauptlast die wirtschaftsstarken Kommunen im Norden von Teltow-Fläming allein tragen müssten.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 09.09.2016

Hohe Hürden - Landesplanungsbehörde sträubt sich gegen Multienergiekraftwerk

Das Ringen um das Projekt Multienergiekraftwerk Sperenberg (MEKS) geht weiter. Nun hat sich dazu auch die Gemeinsame Landesplanungsabteilung (GL) von Berlin und Brandenburg gegenüber der Landrätin und der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) kritisch geäußert. "Da dieses Projekt den Zielen der Raumordnung widerspricht", macht GL-Leiter Jan Drews wenig Hoffnung auf Umsetzbarkeit. Offensichtlich geht die Behörde davon aus, dass es beim "Kraftwerk" auf dem ehemaligen Militär- und Flugplatzgelände bei Sperenberg vornehmlich um eine "zusätzliche Windenergienutzung" geht, die bei dem Projekt "deutlich im Vordergrund" stehe. Ein mögliches Zielabweichungsverfahren, auf das die KAG ihre Hoffnungen setzt, sei nicht leicht durchzuführen, so Drews.

Das stelle "eine hohe Hürde" dar. Von den Zielen der Raumordnung könne nur abgewichen werden, erfuhr kürzlich die Landtagsabgeordnete Anita Tack (Linke) in einer Antwort der Landesregierung auf ihre Kleine Anfrage zum MEKS, "wenn die Abweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist". Das zu prüfen, obliege wiederum der GL, die ein solches Zielabweichungsverfahren durchzuführen hat. Das scheint für die Vertreter der in der KAG zusammengeschlossenen Kommunen Am Mellensee, Nuthe-Urstromtal, Luckenwalde und Trebbin nichts Neues zu sein. Dennoch zeigt sich Am Mellensees Bürgermeister Frank Broshog (parteilos) "ein bisschen verwundert". Er hätte sich schon eine andere Stellungnahme der Landesbehörde zu dem "landespolitisch gewollten Projekt" gewünscht. Zumindest steht es im Koalitionsvertrag von SPD und Linken. Doch angesichts der zurückhaltenden Aussagen der Landesregierung "weiß ich nicht, an wen man sich noch wenden kann", sagt Broshog.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum fordert nun vom Land konkrete Lösungsvorschläge und einen Runden Tisch, um das Vorhaben rechtlich und organisatorisch zu retten. KAG-Koordinator Peter Mann hält es "nach wie vor für möglich, den Zielkonflikt zu überwinden". Ihm ist klar, dass die GL sich gegenwärtig nicht anders zu dem Multienergiekraftwerk äußern kann. Ihn stört aber, dass immer nur vom Wind die Rede ist. Es gehe jedoch um ein Kraftwerk, bei dem Wind- und Sonnenenergie nur im Zusammenhang mit Speicherung und Forschung produziert wird. Dafür sei das Gelände ideal. Voraussetzung sei, dass das Land die Flächen überträgt, am besten auf eine Stiftung, an der es beteiligt ist. Auch Peter Mann wartet auf ein deutliches Signal vom Land.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 24.08.2016

Tiefpunkt ist erreicht - Politik und Handwerk fordert Maßnahmen von der Landesregierung

Seit 24 Jahren bildet Hartmut Hagedorn in seinem Unternehmen, der Kommunaltechnik Instandsetzung Fertigungs GmbH (KIF) in Niedergörsdorf junge Menschen in Metallberufe aus. 27 Auszubildende absolvierten hier ihre Berufsausbildung erfolgreich. "Aber jetzt ist ein Tiefpunkt erreicht. Die Fachkräftekrise hat uns fest im Griff. Wir finden kaum noch Auszubildende für den Beruf des Metallbauers oder des Maschinenbauzeichners.", so der Obermeister der Metallbauerinnung der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming. „ Die Schülerinnen und Schüler wollen nur noch am Computer und in Berlin oder in Potsdam arbeiten. Hier im ländlichen Raum wird es immer schwieriger, Auszubildende zu finden.“ Immer wieder sagen junge Menschen auf den Ausbildungsmessen in Luckenwalde oder Ludwigsfelde zu ihm, die Verkehrsverbindungen sind zu schlecht. „Die B 101 ist noch nicht vollständig ausgebaut und die Taktfrequenz der Züge von und nach Berlin ist ebenfalls nicht arbeitnehmerfreundlich.“ Von 9 interessierten Ingenieurstudenten aus der TU Wildau, kam lediglich 1 Student nach Niedergörsdorf, um hier ein Praktikum zu machen. „Der ländliche Raum ist einfach nicht mehr für junge Menschen attraktiv. Ich erwarte hier endlich Maßnahmen der Landesregierung, um diesen Trend zu stoppen. Und das fängt damit an, dass in den Schulen wieder verpflichtende Berufspraktika in den Unternehmen der Region vorgeschrieben werden. Viele Schüler kennen die Firmen hier gar nicht. Früher gab es das Fach: Produktive Arbeit (PA), das sollte wieder eingeführt werden.“, so Hartmut Hagedorn, der auch als stellvertretender Handwerksmeister der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming tätig ist.

Bei Danny Eichelbaum stößt er damit auf offene Ohren.

„Es reicht nicht aus, dass die Landesregierung die Hände in den Schoß legt und auf bessere Zeiten wartet. Wir müssen jungen Brandenburgern schon in der Schulzeit die Aussicht auf eine berufliche Ausbildung und den späteren Arbeitsplatz in ihrer Heimat geben. Die Grundlage dafür setzen wir aber nicht mit Einheitsschulen, wie sie die rot-rote Landesregierung plant, sondern durch Förderung der individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen der Schüler.

Der Unterrichtsausfall und fehlende Noten auf Zeugnissen führen leider dazu, dass Schüler schlechte Voraussetzungen für den Einstieg in das Berufsleben haben. Im Sinne der jungen Menschen und der Ausbildungsbetriebe muss die Landesregierung alles dafür tun, dass jede Unterrichtsstunde gehalten und Bildung vermittelt wird.“, so der CDU-Land- und Kreistagsabgeordnete Danny Eichelbaum.

Als Vorsitzender des Landtagsausschusses für Infrastruktur- und Landesplanung des Landtages Brandenburg weiß er auch: „Schöne Landschaften allein reichen nicht aus, um junge Menschen von der Lebensqualität im ländlichen Raum zu überzeugen. Notwendig sind vor allem schnelle Verkehrsverbindungen. Und da ist der fehlende Lückenschluss der B 101 in Thyrow , ebenso ein Standortnachteil, wie der Alleenerlass, der die Höchstgeschwindigkeit auf Brandenburger Alleen auf 70 km/h begrenzt und damit den Arbeitsweg für Auszubildende und Arbeitnehmer zeitlich verlängert.“

Quelle: Blickpunkt, 05.08.2016

13.09.2016 Bundestagswahlkreisnominierung im
Wahlkreis 61





10.09.2016 Jüterbogger Fürstentag

Weiterbildung für junge Brandschützer

Kreisjugendfeuerwehr gestaltet das 22. Zeltlager für 180 Kinder und Jugendliche am Schulkomplex in Trebbin

Von Ferienruhe ist am Trebbiner Schulkomplex in der Goethestraße nichts zu spüren, er gleicht eher einem belebten Campingplatz. Die Kreisjugendfeuerwehr Teltow-Fläming führt in dieser Woche dort ihr traditionelles Zeltlager durch. Rote Feuerwehrfahrzeuge und Rettungswagen bevölkern den Parkplatz, viele gut gelaunte junge Leute springen herum oder konzentrieren sich gerade für eine der anstehenden Prüfungen. "Wir sind zum ersten Mal in Trebbin", sagt Kreisjugendwartin Meike Roschner (33) und lobt die Unterstützung durch den Landkreis, die Stadt und die Trebbiner Feuerwehr.



Die Idee, diesmal Gastgeber zu sein, hatte Trebbins Stadtbrandmeister Silvio Kahle. "Ich finde dieses Treffen der jungen Leute hier einfach sensationell und erfrischend", schwärmte er, "und die Stadt stellt uns das Gelände kostenfrei zur Verfügung." 180 Kinder und Jugendliche zwischen zehn und 17 Jahren aus 29 Jugendfeuerwehren des Kreises verbringen in Trebbin bis zum Sonntag sechs erlebnisreiche Tage und werden von bis zu 50 Organisatoren und Betreuern begleitet. "Auf dem Programm steht die Weiterbildung innerhalb der Feuerwehr, aber auch Sport, Spaß, Spiel und Geselligkeit kommen nicht zu kurz", versichert Meike Roschner. Am Mittwoch konnten die jungen Brandschützer in einem Parcours ihr Wissen unter Beweis stellen.

Den ganzen Tag über wurden die Prüfungen für das Abzeichen "Jugendflamme" in zwei Stufen abgenommen. 80 Kinder und Jugendliche waren dafür angemeldet. "Für Stufe 1 müssen fünf

Stationen absolviert werden, für Stufe 2 sechs", erklärte Organisator Nico Rudolph. Getestet wurden die Kenntnisse unter anderem in Fahrzeugkunde, Knoten, Hydrantenkunde, Allgemeinwissen und Erster Hilfe. Zu den erfolgreichen Prüflingen gehören Lion Volgin (11) aus Mellensee und Silvio Kehberg (13) aus Ludwigsfelde. "Es war nicht schwierig", befand Silvio, der schon vier Jahre Erfahrung als junger Brandschutzhelfer hat. Er interessierte sich außerdem für die Ausstattung im Rettungswagen, die von Rettungssanitäter Michael Batzdorf und Rettungsassistentin Nicole Gilewski erklärt wurde. Lion schwärmte außerdem vom Fußballspielen, dem DJ und der guten Stimmung im Lager. Wer nicht gerade mit Prüfungsfragen beschäftigt war, konnte in Workshops tanzen, trommeln oder Mosaike anfertigen. Nele Reuter und Chantal Reinhardt (beide 11) aus Ludwigsfelde nahmen am Tanzkurs teil und lobten die gute Kameradschaft in der Gruppe. "Die Nacht im Zelt war lustig, aber auch ein bisschen anstrengend, weil man nicht gleich schlafen konnte", berichtete Nele. Zu einer Stippvisite kamen der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum und die Kreistagsabgeordnete Gertrud Klatt (beide CDU) im Zeltlager vorbei.

"Die Jugendfeuerwehlager sind eine Erfolgsgeschichte", lobte Eichelbaum, forderte aber auch: "Wir brauchen einen hauptamtlichen Jugendkoordinator." Meike Roschner führt dieses Amt seit 2012 ehrenamtlich aus. "Man könnte schon noch vieles mehr machen", bestätigte sie, "zum Beispiel Projekte mit Flüchtlingskindern oder eine noch bessere Brandschutzausbildung." Stadtbrandmeister Silvio Kahle wünscht sich vor allem, "dass die Kinder und Jugendlichen der Feuerwehr treu bleiben, denn sie sind unsere Zukunft. Wenn eines dieser Zeltlager dazu beigetragen hat, dann ist das Ziel erreicht". Die Trebbiner Kameraden organisieren für die nächsten Tage noch einen Geländemarsch und eine Nachtwanderung mit dem Nachwuchs.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 28.07.2016

1. Luckenwalder SC/Ringen Luckenwalder Club bekommt Integrationsplakette

Der 1. Luckenwalder SC ist offizieller Stützpunkt des Programms „Integration durch Sport“. Die entsprechende Plakette bekam der Club nun überreicht. Der Ringerverband Brandenburg (RVB) und die Brandenburgische Sportjugend bündeln so ihre Kräfte.



Luckenwalde. Sport ist gelebte Integration. Zwei Ringerstützpunkte des Landes Brandenburg gehen dabei mit gutem Beispiel voran. Der RC Germania Potsdam und der 1. Luckenwalder SC wurden in der vorigen Woche offiziell zu Stützpunkten des Projektes „Integration durch Sport der Brandenburgischen Sportjugend“ ernannt. Der Ringerverband Brandenburg (RVB) und die Brandenburgische Sportjugend bündeln so ihre Kräfte. „In vielen osteuropäischen und asiatischen Ländern ist Ringkampf Nationalsport, daher haben unsere Vereine großen Zulauf“, beschreibt RVB-Präsident Danny Eichelbaum die momentan positive Situation.

Über Sprachbarrieren hinweg kommen sich alle Beteiligten näher

„Integration durch Sport“ heißt das Projekt der Brandenburgischen Sportjugend, mit dem Kinder und Jugendliche, die nach Deutschland gekommen sind, über sportliche Betätigung gemeinsam mit deutschen Mädchen und Jungen auf Tuchfühlung gehen sollen.

Und das beim Ringkampfsport im wahrsten Sinn des Wortes. „Wir kämpfen nicht gegeneinander, sondern ringen miteinander“, umschreibt RVB-Geschäftsführer Jörg Richter das gemeinsame Projekt. Über Sprachbarrieren hinweg, durch sportliches Miteinander sollen beide Seiten sich näherkommen.

„Unsere Trainingsgruppe ist so gut wie noch nie besucht, wir haben einen Zustrom, den wir gar nicht bewältigen können“, sagt Reiner Leffler (RC Germania Potsdam) stellvertretend für die anderen Ringervereine Brandenburgs, die nun ihre Übungsleiterausbildung intensivieren und Möglichkeiten erörtern, die Flüchtlinge, die nun auch schon länger in den Trainingsgruppen trainieren, in den Wettkampfbetrieb zu integrieren. „Wenn man fleißig trainiert, will man auch irgendwann einmal sein Können testen“, freute sich RVB-Präsident Eichelbaum über den ersten Start mehrerer Kinder aus dem Iran, Syrien und Afghanistan bei den diesjährigen Kinder- und Jugendsportspielen Brandenburgs in Falkensee. „Wir wollen das Projekt verstärkt nutzen, um ausländische Kinder und Jugendliche zu integrieren, darüber hinaus aber auch unsere Basis stärken“, so Eichelbaum weiter.

Nick und Ilja Matuhin sind Beispiele gelungener Integration

Er verweist auf die Brüder Nick und Ilja Matuhin, die vor einigen Jahren aus Russland nach Luckenwalde kamen. Beide haben sich auch mit Hilfe des Ringens in Deutschland integriert. Nick Matuhin vertrat Deutschland 2012 bei den Olympischen Spielen in London, verpasste jedoch einen erneuten Start bei den diesjährigen Spielen in Rio de Janeiro. Sein Bruder Ilja wurde vor wenigen Tagen Fünfter der Junioren-Europameisterschaften in Rumäniens Hauptstadt Bukarest.

„Leistungssport ist jedoch nicht das vorrangige Ziel unseres Projektes, doch wenn sich ein Ringer so stark entwickelt, dann freuen wir uns umso mehr“, sagt Eichelbaum auch mit Blick auf das Luckenwalder Feriencamp „Luckis Muckis“, das sich auch in diesem Jahr wieder großer Nachfrage erfreut. In der letzten Woche der Sommerferien werden Ende August viele deutsche und ausländische Kinder auf den Ringermatten beim LSC gemeinsam viel Spaß am sportlichen Miteinander haben.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 25.07.2016



17.07.2016 Sommerfest des 1. Luckenwalder SC in Luckenwalde

Kreis verteidigt Anbau der Grafenschaft

Die Kreisverwaltung verteidigt die Erteilung der Baugenehmigung für den Neubau der Grafenschaft in Kloster Zinna. "Aus der Sicht der Unteren Bauaufsichtsbehörde war das Urteil überraschend", heißt es in einer Antwort auf eine Anfrage des Kreistagsabgeordneten Danny Eichelbaum (CDU) zum drohenden Abriss des Hauses. Die Bauaufsicht habe laut der Antwort beim wichtigen Merkmal des "Einfügens in die Umgebung" des modernen Anbaus auch die gegenüberliegende Straßenseite betrachtet, "wo sich Hauptnutzungen in vergleichbarer Bebauungstiefe befinden. Das Verwaltungsgericht Potsdam war dagegen der Ansicht, dass der Straße eine trennende Wirkung zukomme." Nachbarn verlangen den Abriss, weil das Haus zu groß und zu dicht an ihr Grundstück gebaut worden ist. Nachdem das Verwaltungsgericht ihnen Recht gegeben hat und der Kreis das Haus duldet, haben die Nachbarn Untätigkeitsklage gegen den Kreis erhoben. Zum aktuellen Stand der Verhandlungen schreibt Dezernentin Silke Neuling, dass "die rechtlichen Möglichkeiten der Kreisverwaltung in dieser Phase des Verfahrens beschränkt" seien. Die Frage einer Entschädigungszahlung stelle sich derzeit nicht, da "gegenwärtig noch kein Schaden entstanden ist, weil das Gebäude noch genutzt werden kann." Der Eigentümer des strittigen Hauses will den drohenden Abriss durch einen Bebauungsplan verhindern, dessen Kosten er alleine trägt. Die Aufstellung des Bebauungsplans wurde von den Jüterboger Stadtverordneten bereits beschlossen. Auch gegen diesen Plan wurde bereits Klage von den Nachbarn angedroht.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 23.06.2016

CDU spricht sich klar für die Verlängerung der S-Bahn bis nach Rangsdorf aus - Landesregierung muss jetzt endlich handeln!

Hierzu erklären der CDU-Land- und Kreistagsabgeordnete Danny Eichelbaum, der Vorsitzende der CDU-Fraktion von Blankenfelde-Mahlow, Andreas Buch und der Vorsitzende der CDU-Fraktion von Rangsdorf, Andreas Muschinsky:

„Seit rund 26 Jahren kämpfen zahlreiche lokale Akteure und Initiativen für eine Verlängerung der S-Bahn-Strecke über Blankenfelde, Dahlewitz bis Rangsdorf. Leider hat sich die Landesregierung bisher nicht zu dieser für unsere Region so wichtigen Infrastrukturmaßnahme bekannt. Dabei sprechen die vom Land im Rahmen der Korridoruntersuchung vorgelegten Zahlen zur Struktur- und Nachfrageentwicklung eine deutliche Sprache. Laut Nachfrageprognose ist für den Abschnitt Blankenfelde-Dahlewitz-Rangsdorf bis zum Jahr 2030 mit einem Zuwachs der Fahrgäste pro Tag zwischen 40 und 50 Prozent zu rechnen. Um diesem zukünftigen Wachstum gerecht zu werden, müssen daher jetzt dringend die Weichen gestellt werden, die Landesregierung muss jetzt endlich handeln!“, so Danny Eichelbaum, der auch Vorsitzender des Landtagsausschusses für Infrastruktur und Landesplanung ist.

Andreas Muschinsky ergänzt: "Die Wiederherstellung der S-Bahn bis Rangsdorf sollte für alle Verantwortlichen selbstverständlich sein. Für Rangsdorf wäre das die wichtigste vorstellbare Infrastrukturmaßnahme."

"Der Ausbau der S-Bahn ist nicht zuletzt auch für den Rolls-Royce Standort in Dahlewitz ein wichtiges Signal. Von den dort Beschäftigten pendeln mehr als die Hälfte tagtäglich aus Berlin ein. Von der S-Bahn Verlängerung würden aber auch viele andere Unternehmen und in erster Linie die Menschen in der gesamten Region profitieren, " so Andreas Buch abschließend.

Quelle: Pressemitteilung, 21. Juni 2016

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Weniger Richter-Stellen - Kritik an weiterem Personalabbau in der Justiz

Der Richterbund und die Opposition im Landtag kritisieren einen weiteren Personalabbau im Justizbereich. SPD und Linke wollen laut Haushaltsentwurf bei Land- und Amtsgerichten in den nächsten beiden Jahren weitere 21 Stellen streichen und dann noch einmal fünf Stellen bis 2020. Zudem sieht der Etat, der in dieser Woche im Landtag diskutiert wird, den Abbau von zwölf Staatsanwaltsposten bis 2018 vor. Der Richterbund warnte unter anderem vor längeren Verfahrenslaufzeiten und kritisierte, dass seit 2005 bereits 100 Stellen bei Richtern und Staatsanwälten abgebaut worden seien. Die bevorstehende Pensionierungswelle könne so nicht abgedeckt werden. Der Justiz-Experte der CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum, erinnerte daran, dass Justizminister Ludwig (Linke) vor gerade einmal fünf Monaten noch mehr statt weniger Personal versprochen habe.

"So kurz nach Amtsantritt hat in Brandenburg noch kein Minister sein Wort gebrochen." Eichelbaum warf der Landesregierung vor, die Justiz im Stich zu lassen. Brandenburger Gerichte seien bereits heute wegen Personalmangels überlastet, Berufungsverfahren bei den Landgerichten etwa dauerten schon jetzt deutlich länger als im Bundesdurchschnitt.

Quelle: Märkische Oderzeitung, 27.09.2016



22.09.2016 Besuch der InnoTrans 2016 in Berlin

22.09.2016 Tag des Feldwebels im Landtag Brandenburg



Justiz in Brandenburg - Rot-Rot spart bei Richtern und Staatsanwälten

Die Justiz hatte sich vom Einsatz des neuen Ministers Stefan Ludwig (Linke) mehr versprochen. Es gab sogar die Hoffnung, er könnte bei den Haushaltsberatungen die Kürzung von Stellen für Richter und Staatsanwälte zurückdrehen. Aber dazu kam es nicht. Die CDU nennt den geplanten Personalabbau einen „Riesenskandal“.

Potsdam. Pläne, der rot-roten Landesregierung, weitere Stellen von Richtern und Staatsanwälten abzubauen, stoßen auf massive Kritik bei Justiz und Opposition. Die Vorsitzende des Brandenburger Richterbundes, Claudia Oderbreit, fürchtet eine Verlängerung der Verfahrenlaufzeiten, der Chef des Bundes der Staatsanwälte, Ralf Roggenbuck, nennt die Sparpläne einen „Schlag ins Kontor“.

SPD und Linke wollen laut Entwurf des Doppelhaushalts für 2017/18 bei Land- und Amtsgerichten in den nächsten beiden Jahren weitere 21 Stellen streichen und dann noch einmal fünf Stellen bis 2020. Zudem sieht der Etat, der nächste Woche in den Landtag eingebracht werden soll, den Abbau von zwölf Staatsanwaltsposten bis 2018 vor. „Ich bin enttäuscht über den Umgang der Politik mit unseren Kollegen“, sagte Oderbreit am Freitag. Justizminister Stefan Ludwig (Linke) habe sich im Kabinett offenbar kein Gehör verschaffen können.

Seit 2005 seien in Brandenburg bei Richtern und Staatsanwälten 100 Stellen abgebaut worden, sagte Oderbreit. Um die Bestände an unerledigten Verfahren zu reduzieren, die übermäßig langen Laufzeiten zu verkürzen und die drohende Pensionierungswelle abzufedern, benötige Brandenburg jedes Jahr 30 neue Stellen für Richter und Ankläger, rechnet Oderbreit vor. Für junge Richter auf Probe gebe es aber kaum eine Perspektive, weil schlicht die Stellen fehlten. Bis 2019 mit in der märkischen Justiz mit 120 Altersabgängern gerechnet.

Verfahren länger als im Bundesdurchschnitt

Brandenburg hat bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit ein Oberlandesgericht (Brandenburg/Havel), vier Landgerichte (Potsdam, Neuruppin, Frankfurt/Oder, Cottbus) und 25 Amtsgerichte.

750 Richter und 230 Staatsanwälte gibt es landesweit.

Die Verfahrensdauer an Landgerichten beträgt durchschnittlich 8 Monate (der Bundesdurchschnitt beträgt knapp 5 Monate).

60 Prozent länger als im Bundesdurchschnitt ist an Brandenburgs Gerichten die Verfahrensdauer bei Strafsachen. Bei Familien- und Bußgeldsachen sind es immerhin noch 40 Prozent.

Besonders problematisch ist, dass es künftig auch acht Vorsitzende Richter weniger geben soll. Damit sind auch die von ihnen geführten Gerichtskammern vom Rotstift bedroht. Ursprünglich sollen sogar 13 Kammerchefs wegfallen. Allerdings muss der Verzicht darauf durch Einsparungen bei Kammerbeisitzern und Amtsrichtern kompensiert werden. Prekär ist die Personalsituation auch in den Justizgeschäftsstellen und bei Gerichtsvollziehern.

Die überlangen Verfahren haben oft Verzögerungsrügen zur Folge. Kassierten die Amtsgerichte 2012 noch 37 solcher Ermahnungen, so waren es im Vorjahr schon 76. Bei den jüngsten

Verfahren gegen die märkische Müllmafia wurden Strafrabatte gewährt, weil sich die Verfahren ewig hinzogen. In Cottbus kamen im vergangenen Jahr zwei wegen Kindesmissbrauchs angeklagte Männer auf freien Fuß, weil der Prozess nicht innerhalb der Frist von sechs Monaten begonnen hatte.

Staatsanwalt Roggenbuck verweist darauf, dass viele Verfahren, etwa in der Wirtschafts- und Internetkriminalität immer komplizierter werden: „Wir brauchen mehr gut ausgebildetes Personal. Der Bürger hat ein Recht auf ein zügiges Verfahren.“ Danny Eichelbaum, rechtspolitischer Sprecher der CDU, hält die Sparpolitik von Rot-Rot für einen „Riesenskandal“. Die Landesregierung habe deutliche Verbesserungen versprochen, sie sei wortbrüchig geworden.

Die Sprecherin des Justizministeriums, Maria Strauß, wies die Vorwürfe zurück. Vor allem die Verwaltungs- und Sozialgerichte seien in der Vergangenheit gestärkt worden. In anderen Bereichen seien die Eingangszahlen bei den Verfahren rückläufig. Vor diesem Hintergrund sei der Haushaltsentwurf vertretbar, so Strauß. *Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 24.09.2016*

Staatsbesuch in Eichgraben - internationales Interesse an unserem ElektroMobil

Das deutsche Bundesland Brandenburg hat als Land rund um Berlin ähnliche Herausforderungen wie Niederösterreich als Land rund um Wien. Zu diesen Stadtumland-Problemen fand am Donnerstag eine Fachtagung im NÖ Landhaus statt, an der der gesamte Ausschuss für Infrastruktur und Landschaftsplanung unter dem Vorsitz von Danny Eichelbaum und die zuständige Ministerin Kathrin Schneider teilnahmen. Für Eichgraben ist es eine besondere Auszeichnung, dass sich die Delegation das Projekt „ElektroMobil Eichgraben“ genauer anschauen wollte und uns im Gemeindezentrum besucht hat.



Seit September 2015 fährt der gemeinnützige Verein "ElektroMobil Eichgraben" im Testbetrieb viele Bürgerinnen und Bürger durch den Ort. Rund 75 ehrenamtliche Fahrerinnen und Fahrer haben bis September 2016 über 7500 Fahrten im Ort absolviert - und das auf sehr umweltfreundliche Art und Weise. Vereinsziel ist die Förderung der umweltfreundlichen Mobilität in Eichgraben mittels Elektroauto. Ziel ist die Beförderung von Personen die über kein Kraftfahrzeug verfügen oder dieses nicht verwenden wollen oder in Ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Sowie die Bewusstseinsbildung zum Thema Elektromobilität, die Erhöhung der Mobilität der Bewohner sowie die Stärkung sozialer Kontakte.

GR ing. Johannes Maschl hat mit seiner gelungenen Präsentation die Basis für eine sehr interessante und ausgiebige Diskussion geschaffen.

Quelle: Amtliche Mitteilung der Marktgemeinde Eichgraben, 16.09.2016

Internationale Zusammenarbeit - Arbeitsbesuch einer Delegation des Landes Brandenburg

Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka empfing am 14. September 2016 in Wien eine Delegation des Landes Brandenburg unter Führung der Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung, Kathrin Schneider, um über aktuelle Entwicklungen auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit zu sprechen.



Eine Delegation von Abgeordneten des Landes Brandenburg unter der Leitung von Danny Eichelbaum besuchte am 14. September 2016 im Beisein der Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg, Kathrin Schneider, das Innenministerium, um mit der Abteilung II/12 (Verkehrsdienst der Bundespolizei) über aktuelle Entwicklungen auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit bzw. des Verkehrsdienstes zu sprechen. Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka empfing die Delegation.

Der Leiter der Abteilung II/12 (Verkehrsdienst der Bundespolizei) des Bundesministeriums für Inneres, Generalmajor Martin Germ, erörterte die Themen "Strategien des Österreichischen Verkehrssicherheitsprogramms 2011-2020", "Unfallstatistik", "Verkehrsüberwachung", "Schulwegsicherung und Verkehrserziehung", "Verkehrssicherheitsberatung" und "Wirkungsorientierung am Beispiel der Verkehrsüberwachung".

Im besonderen Fokus der Delegation aus Deutschland standen Fragen zur aktuellen Entwicklung und der Prävention auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit und der Infrastruktur sowie der Strategieentwicklung zur Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogramms.

Quelle: Ministerium des Innern der Republik Österreich, 16.09.2016



18.09.2016 Besuch von Offizieren des 3.Feldjägerregimentes 1 unter Führung von Kompaniechef Martin Wonneberger im Landtag

Verkehrs-Ausschuss: Arbeitsgespräch mit Abgeordneten aus Brandenburg

Die Sitzung des Verkehrs-Ausschusses im Niederösterreichischen Landtag am Donnerstag, 15. September 2016, stand ganz im Zeichen des Gedanken- und Erfahrungsaustausches mit den Mitgliedern des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung im Landtag Brandenburg (Deutschland). Im Mittelpunkt des Arbeitsgespräches standen die Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur und deren weiterer Ausbau in den beiden Bundesländern. Schließlich zeichne beide Bundesländer eine besondere Topografie aus: Brandenburg sei das Land um die Berlin, Niederösterreich das Land um Wien, wie Landtagspräsident Ing. Hans Penz in seiner Begrüßung betonte. Derartige Arbeitsgespräche würden dazu beitragen, die Kontakte zwischen den Landtagen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter zu intensivieren. Penz erinnerte in diesem Zusammenhang an die alle zwei stattfindende gemeinsame Konferenz der Landtagspräsidenten aus Österreich, Deutschland und Südtirol.



Angeführt wurde die Ausschuss-Delegation aus Brandenburg vom Vorsitzenden Danny Eichelbaum (CDU) und der Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung des Bundeslandes Brandenburg, Kathrin Schneider (SPD). Auf Einladung des Obmannes des Verkehrs-Ausschusses im Niederösterreichischen Landtag, Jürgen Maier, nahm auch Verkehrs-Landesrat Mag. Karl Wilfing an dieser Sitzung teil.

Quelle: Pressemitteilung des Landtages von Niederösterreich, 15.09.2016



16.09.2016 Gespräch mit dem Vorstandsdirektor der Flughafen Wien AG, Dr. Günther Ofner

14.09.2016 Empfang des deutschen Botschafter in Österreich S.E. Johannes K. Haindl in Wien



Erstmals Brandenburger Ringertag

Am Wochenende wird der 1. Brandenburger Ringertag im Sportzentrum Frankfurt ausgetragen. Vertreter aus allen Vereinen Brandenburgs werten die vergangene Saison aus und nehmen das neue Wettkampfsjahr ins Visier. Eingeläutet wird der Ringertag mit einer Tagung des RVB-Präsidiums am Freitagnachmittag. Es wird Workshops für die Vertreter der Ringervereine aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin geben. Es geht um Vereinsrecht und Steuern, aber auch um Event- Management und Marketing. Die Brandenburgische Sportjugend stellt ihr Projekt Integration durch Sport vor, mit dem Hintergrund, dass Ringen in den Heimatländern vieler Flüchtlinge und Migranten zu den Nationalsportarten zählt und dies die Integration von Kindern und Jugendlichen in Ringervereine erleichtert.

"Wir wollen uns breiter aufstellen, unsere Basis-, aber auch die Stützpunkte in Frankfurt und Luckenwalde stärken", legt der Präsident des Ringer- Verbandes Brandenburg, Danny Eichelbaum, die Messlatte für die nächsten Jahre hoch. Die Leistungszentren haben wie in den Vorjahren gezeigt, dass sie zur nationalen Spitze gehören. Und die sechs internationalen Meisterschaftsmedaillen allein 2016 für das Ringer-Leistungszentrum Frankfurt zeugen davon, dass man international im Nachwuchsbereich wieder Anschluss gefunden habe.

Quelle: Märkische Oderzeitung, 25.08.2016



03.09.2016 Brandenburg-Tag in Hoppegarten

TTIP und Ceta - ja oder nein? - Sommerinterview mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum

Ludwigsfelde. Fairer Handel kann zum Wohlstand vieler Länder auf der Welt beitragen. Doch es kann auch Länder zu Verlierern machen. Gerade in afrikanischen Ländern zeigt sich, durch Freihandelsabkommen wie Arbeitnehmer und Produzenten durch den Import ausländischer Güter ihre Arbeitsmöglichkeiten verlieren. Auch in Europa wird über TTIP, dem Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa wie auch über Ceta zwischen Kanada und Europa heftig diskutiert. Trotz Geheimhaltung der Verhandlungen kommen immer mehr Details ans Tageslicht, die dazu führen, dass TTIP und Ceta inzwischen mehr Gegner als Befürworter in der Bevölkerung haben. Auch die beiden Präsidentschaftskandidaten der USA Clinton und Trump sprechen sich, ganz nach Wunsch ihrer Wähler, gegen TTIP aus. Der Blickpunkt sprach mit dem CDU Landtagsabgeordneten über seine Meinung zu TTIP, die Bedenken in der Bevölkerung und die Frage: Hat TTIP zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt noch eine Chance?

Blickpunkt: Eine grundlegende Frage gleich am Anfang bevor wir ins Details gehen: Glauben Sie überhaupt noch daran, dass TTIP oder davor auch CETA ratifiziert wird?!

Danny Eichelbaum: Ich bin ein Berufsoptimist. Wenn wir die Menschen von den Vorteilen der Freihandelsabkommen überzeugen können, die Geheimnistuerei endlich ein Ende hat und alle Verhandlungspartner kompromissbereit sind, dann glaube ich, haben TTIP und CETA die Chance von den Parlamenten beschlossen zu werden.

Blickpunkt: Wie stehen Sie persönlich abgesehen von der Parteilinie zu TTIP, auch im Hinblick auf den massiven Widerstand in der Bevölkerung? Können Sie verstehen, dass die Bürger sich von ihren Regierungen verkauft fühlen?

Danny Eichelbaum: Wir sollten uns vor TTIP nicht fürchten. Aber angesichts der berechtigten Bedenken und Fragen der Bürger ist es notwendig für mehr Aufklärung, Information und Transparenz zu sorgen. Zunächst geht es darum zu erklären, welchen Nutzen wir Deutschen von einem Freihandelsabkommen mit den USA haben. Deutschland ist eine Exportnation. Wir benötigen offene Märkte, um die bei uns produzierten Waren und Dienstleistungen in andere Länder zu exportieren. Davon hängt der Wohlstand bei uns ab. Gerade nach dem Brexit-Votum der Briten brauchen wir neue Wachstumsimpulse. Ein Freihandelsabkommen mit Amerika, das Zölle und bürokratische Hürden für die Unternehmen abbaut und einheitliche Standards und Regeln schafft, wäre ein gigantisches Konjunkturprogramm, welches zu mehr Arbeitsplätzen und sinkenden Preisen in Deutschland führen würde. Allein die deutsche Automobilindustrie würde beispielsweise durch TTIP jedes Jahr 1 Milliarde US-Dollar an Zöllen einsparen. In Brandenburg würden über 320 Unternehmen, die Geschäftsbeziehungen in die USA unterhalten, von TTIP profitieren.

Blickpunkt: Denken Sie, dass TTIP, CETA und TiSA zu einer stärkeren Privatisierung bisher in Deutschland öffentlicher Sektoren führen würden?

Danny Eichelbaum: Es gibt keinen Zwang zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Das Verhandlungsmandat der EU schließt vor allem Änderungen bei der kommunalen Daseinsvorsorge in Deutschland aus. Die kommunale Selbstverwaltung wird nicht eingeschränkt. Hier ändert sich gar nichts. Also gibt es beispielsweise auch keine Privatisierung der Wasserversorgung durch TTIP, wie es oft falsch behauptet wird.

Blickpunkt: EU-Ratspräsident Juncker ist nicht der Meinung, dass die Parlamente über TTIP abstimmen müssen, da TTIP ein EU-Vertrag ist. Befürworter der Parlamentszustimmungen argumentieren aber, dass Firmen mit TTIP einzelne Staaten verklagen können. Wie sehen Sie als Jurist die Rechtslage?

Danny Eichelbaum: Hierzu gibt es in Deutschland eine klare Rechtslage: Bei TTIP handelt es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag. Und ein solcher Vertrag erfordert nach Art. 59 Abs.2 des Grundgesetzes die Zustimmung des Bundestages.

Blickpunkt: Auch im Zuge der EU-Integration bzw. zuvor bereits der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mussten Standards der einzelnen Länder angepasst werden (Stichwort gegenseitige Anerkennung im Cassis-de-Dijon-Urteil). Was unterscheidet die Vorgänge bei TTIP von den bereits innerhalb der EU üblichen?

Danny Eichelbaum: Die europäische Freihandelszone beweist zunächst einmal eindrucksvoll, dass offene Märkte zu mehr Wirtschaftswachstum und Wohlstand in Deutschland führen. Ohne die Europäische Union, ohne die europäische Wirtschafts- und Handelspolitik würde Deutschland heute wirtschaftlich wesentlich schlechter dastehen. Ich glaube jedoch nicht, dass durch TTIP so detailliert Standards und Regeln in dem dann größten Wirtschaftsmarkt der Welt, mit 800 Millionen Menschen festgelegt werden können, wie es in der Europäischen Union der Fall ist. Dafür braucht man gewachsene Strukturen und gemeinsame Entscheidungsgremien, die schnell auf Veränderungen reagieren können. TTIP schafft einen verlässlichen Rechtsrahmen für den Handelsverkehr zwischen den USA und Europa, nicht mehr und nicht weniger.

Blickpunkt: Die EU hat über Jahre eine Menge an gemeinsamen Richtlinien für Lebensmittelherstellung, Verarbeitung, Verbraucherschutz usw. aufgestellt. Welche Relevanz haben diese nach einer Durchsetzung TTIPs noch, wenn die gleichen Vorschriften nicht auch in den USA gelten?

Danny Eichelbaum: Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass auch in den USA strenge Verbraucherschutzregeln existieren, das hat uns der VW-Skandal im Umweltbereich eindeutig vor Augen geführt. Während in den USA z.B. ein Auto nur 31 Milligramm Stickstoff pro Kilometer ausstoßen darf, sind es in Deutschland 80 Milligramm Stickstoff pro Kilometer. Ungeachtet dessen stehen unsere Standards im Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltbereich nicht zur Disposition. Im Verhandlungsmandat der EU ist geregelt, dass das Verbraucherschutzniveau und auch die geltenden gesundheitlichen EU-Standards nicht abgesenkt werden sollen. Das gilt im Übrigen auch für die europäischen Rechtsvorschriften für die Zulassung und Kennzeichnung gentechnisch veränderter Organismen.

Quelle: BlickPunkt Ludwigsfelde, 30.07.2016



14.07.2016 Parlamentarischer Abend der Städte mit historischen Stadtkernen in Potsdam

13.07.2016 Parlamentarischer Abend des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg



Scheitern am eigenen Anspruch

Brandenburgs neuer Justizminister versprach: Kein Stellenabbau im Strafvollzug. Der Etatentwurf des Kabinetts bringt die Linke nun in Erklärungsnot Von Alexander Fröhlich

Potsdam - Es sollte das Vorzeigeprojekt für linke Justizpolitik sein - und zwar bundesweit. Doch nun droht die Linkspartei am eigenen Anspruch, den liberalsten und modernsten Strafvollzug zu schaffen, zu scheitern - und an sich selbst. Dabei hatte Justizminister Stefan Ludwig (Linke) nach seinem Amtsantritt Ende April versprochen, mit ihm werde es keinen Personalabbau im Strafvollzug geben. Doch in den Chefgesprächen mit Christian Görke (Linke) konnte er sich nicht durchsetzen. Entgegen der vorherigen Absprachen zwischen Landtagsfraktion und den Ministerien zum Erhalt aller 1010 Stellen sieht der kürzlich vom Kabinett beschlossene Entwurf für den Doppelhaushalt 2017/18 nun einen Stellenabbau vor. Für Ludwig ein Desaster.

Kurz nach dem Kabinettsbeschluss verschickte Ludwigs zuständiger Abteilungsleiter Andreas Behm einen Brief an die Gefängnisleiter. Ganz Beamter, stimmte er in seinem Schreiben, aus dem die "Märkische Allgemeine" zunächst zitierte, auf nötige Veränderungen ein. Demnach sei es fraglich, "wie mit diesen Ausgangsbedingungen der ordnungsgemäße Strafvollzug sichergestellt werden kann. Aus meiner Sicht lässt sich dies unter den aktuellen Rahmenbedingungen und Zielen nicht ohne Weiteres umsetzen." Deshalb seien Veränderungen nötig, zugleich bedauerte Behm den Kabinettsbeschluss. Denn er hatte den Eindruck, man sei "auf einem guten Weg". Tatsächlich war das Ministerium mit der Forderung in die Etatgespräche gegangen, alle 1010 Stellen in den Gefängnissen Brandenburgs zu erhalten. Darauf hatte bereits die Linke-Landtagsfraktion die Ressorts eingeschworen: bloß kein Abbau unter 1000 Stellen. Die geplante Streichung sollte wegfallen. Dass der Bedarf größer ist, wissen alle Beteiligten. Der Grund für den höheren Personalbedarf: Das 2013 beschlossene Strafvollzugsgesetz, durchgesetzt vom damals noch amtierenden Ex-Minister Volkmar Schöneburg (Linke). Es sieht längere Besuchszeiten, eine intensivere Betreuung, sozialtherapeutische Angebote und eine bessere Unterstützung bei der Wiedereingliederung nach der Haftentlassung vor. Für die Linke war es ein Prestigeprojekt.

Es sollte zeigen: So geht linke Justizpolitik. Nur wären dafür die Stellen und das Geld beim Strafvollzug nötig. Denn der Bedarf an Personal steigt durch die höheren Anforderungen des Gesetzes. Doch stattdessen wird in Brandenburg genau daran gespart. Wie hoch der Bedarf ist, weiß auch das Ministerium. Eine Arbeitsgruppe hatte errechnet, dass 1188 Stellen im Vollzug nötig sind, um den Vorgaben des Gesetzes zu entsprechen. Das Ministerium rechnete nochmals nach. Die Ausweitung des Vollzugs in Wohngruppen und die Erweiterung der Sozialtherapie werden jetzt erst einmal aufgeschoben. Deshalb wären nun noch 1083 Stelle nötig. Aber Ex-Justizminister Helmuth Markov (Linke), dem ohnehin der Ruf als heimlicher Finanzminister anhing, und sein Nachfolger Ludwig gingen nur mit den vorhandenen 1010 Stellen in die Verhandlungen mit Finanzressortchef. Man wollte nicht zu forsich sein. Also eigentlich wollten sie nur den Erhalt der Stellen und den Wegfall der Streichpläne. Wenigstens das. Zumindest hätte man dann, so heißt es, beim Drehen an einigen Stellschrauben den Vorgaben des Gesetzes mit Hängen und Würgen nachkommen können. Wobei die Belastung der Vollzugsbediensteten in den Gefängnissen ohnehin hoch ist - durch das Gesetz kamen neue Aufgaben hinzu. Bei ihnen lag der Krankenstand bei knapp 30 Prozent, wie es in der Antwort des Ministeriums auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion heißt.

Im Werk- und Krankenpflegedienst ist der Krankenstand noch höher. Bis Ende 2015 hat sich ein Überstundenkontingent von 4000 Stunden angehäuft. 880 geplante Resozialisierungsangebote an die Inhaftierten fielen 2015 aus. Beim Erstellen von Vollzugs- und Eingliederungsplänen werden die gesetzlich garantierten Fristen nicht eingehalten. Kurz: Die Mitarbeiter in den Gefängnissen kommen bei der Arbeit gar nicht mehr hinterher. Und nun soll die Zahl der Stellen im Vollzug von aktuell 1010 auf 922 bis Ende 2018 gesenkt werden, genauso wie es die bisherige Personalbedarfsplanung vorsieht. Ein Ministeriumssprecher erklärte das Desaster nun zum Erfolg: Angesichts sinkender Gefangenenzahlen leiste die Justiz damit - wie andere Bereiche der Landesverwaltung auch - einen wichtigen und vertretbaren Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

Und Minister Ludwig sei es gelungen, weitere Einsparungen im Justizvollzug "nach 2019 komplett abzuwenden". Rainer Krone, Landeschef beim Bund der Strafvollzugsbediensteten, sprach von einem Todesstoß für den Vollzug und das Gesetz. Die Linksfraktion will im Landtag vor Verabschiedung des Haushalts den Abbau stoppen, wie die Rechtsexpertin Margitta Mächtigt sagte. Ex-Justizminister Schöneburg legte nach: Wenn es einen großen Nachschlag für die Polizei gebe, könne es nicht sein, "dass die Justiz in allen Bereichen in die Röhre guckt". Und: "Mit weniger als 1000 Bediensteten kann man das Gesetz in vielen Teilen gestalterisch nicht umsetzen." Er hätte auch sagen können: Das wäre rechtswidrig, Verwahrvollzug statt Resozialisierung. Den Spott übernahm die Opposition. CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum warf Justizminister Ludwig vor, er spare den Strafvollzug kaputt. "Das neue, von der Linken hoch gepriesene Strafvollzugsgesetz ist nur noch Makulatur. Ein Armutszeugnis für alle linken Justizminister seit 2009", sagte Eichelbaum. Der rechtspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Benjamin Raschke, sprach von einem "justizpolitischen Zickzackkurs".

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 29.07.2016



02.07.2016 Eröffnung der 11. Kinder- und Jugendsportspiele in Falkensee



369 Fragen zur Justiz auf einen Schlag - Oppositionelle CDU stellt Rekord-Ersuchen an Landesregierung und will Debatte um Strafvollzug in Brandenburg anschieben

Einen Rekord der besonderen Art hat die CDU im Potsdamer Landtag aufgestellt. Mit einer 369 Einzelfragen umfassenden Großen Anfrage zum Strafvollzug in Brandenburg hat die Oppositionspartei den bisher größten Fragenkatalog um das Doppelte übertroffen. Der jetzt gebrochene Rekord hatte bei 180 Fragen gelegen und war im März 2014 von der FDP aufgestellt worden. Das Thema der damaligen Großen Anfrage: die Lage der märkischen Wälder. Die 369 Fragen hatte die CDU-Landtagsfraktion am 1. Dezember 2015 auf den Weg gebracht.

Die Anfrage ist nun nach fast acht Monaten vom brandenburgischen Justizministerium beantwortet worden - auf 466 Seiten. Wie der CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum sagte, soll damit überprüft werden, was aus der im Jahr 2012 vom damaligen Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) auf den Weg gebrachten und aus Sicht der Oppositionspartei umstrittenen Justizreform geworden ist. Darüber will die CDU auch im Landtag debattieren, wie Eichelbaum ankündigte. Die Christdemokraten wollen unter anderem wissen, wie hoch die Durchfallquoten bei Laufbahnprüfungen von Beamten jeweils in den Jahren 2009 bis 2015 waren, welche Fremdsprachen Justizbedienstete beherrschen, wie oft Haftzellen belegt waren und welche Sportangebote es für Gefangene Neben Fragen zu Haftplätzen und Gesundheitskosten der Gefangenen liegt der CDU offensichtlich auch das Erscheinungsbild des Gefängnispersonals am Herzen.

So wird die Landesregierung gefragt, welche Regelungen es zur Dienstbekleidung gebe, wie ein "einheitliches Erscheinungsbild der Justizbediensteten gewahrt" werde und "welche Haltung" sie zur einheitlichen Bekleidung habe. Zudem will die CDU-Fraktion wissen, ob der Nichtraucherschutz für Gefangene und Dienstpersonal in den Haftanstalten gesichert ist. Neben dem Bestand an Schusswaffen in den Einrichtungen wird auch nach dem Pfefferspray-Vorrat für Vollzugsbedienstete gefragt. Ein ganzer Komplex beschäftigt sich mit dem Thema Arbeit für Gefangene. Gefragt wird dabei, wie hoch der Anteil der arbeitswilligen und der Arbeitsverweigerer an der Gesamtzahl der Häftlinge war. Das soll jeweils aufgeschlüsselt von 2009 bis 2015 erfolgen, getrennt nach Männern und Frauen, Straf- und Jugendstrafgefangenen und nach Gefängnissen. Mit 30 Fragen noch umfangreicher ist das Interesse der Christdemokraten an den in Brandenburg inhaftierten Ausländern und nach den Möglichkeiten von Abschiebungen in deren Herkunftsländer. Genau wissen wollen die Christdemokraten zum Beispiel, wie hoch der Anteil der ausländischen Häftlinge "in absoluten Zahlen und prozentual auf alle Gefangenen sowie auf den Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Brandenburg" war.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 23.07.2016

Zur Kreisgebietsreform - Jetzt haben die Brandenburgerinnen und Brandenburger das Wort-CDU plant Volksinitiative

Luckenwalde. Die Abgeordneten der rot-roten Landesregierung haben sich gestern mehrheitlich für den Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019 ausgesprochen. Damit werden den 14 Kreisen und vier kreisfreien Städten in Brandenburg nach 1993 zum zweiten Mal einschneidende Strukturveränderungen zugemutet. Dazu erklären der Vorsitzende des CDU-

Kreisverbandes und der CDU-Kreistagsfraktion Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum MdL und Sven Petke MdL:

„Was die Landesregierung als großen Wurf verkauft, ist ein Schlag ins Gesicht aller Bürgerinnen und Bürger des Landes, gegen deren erklärten Willen die Reform in Potsdam durchgedrückt werden soll und welche die negativen Folgen in den kommenden Jahren tragen müssen. Viele Menschen werden künftig weite Wege zur Arbeit zurücklegen müssen, die Wege zu den Behörden verlängern sich. Die Möglichkeiten auf Entscheidungen der Kreisebene Einfluss zu nehmen werden reduziert und am Ende kostet die Reform den Landkreis Millionen Euro Steuergeld ohne Aussicht auf Rendite. Besonders enttäuschend ist das Abstimmungsverhalten der regionalen SPD-Landtagsabgeordneten Helmut Barthel und Erik Stohn, die im Kreistag für die Eigenständigkeit des Landkreises Teltow-Fläming stimmten und im Landtag für die Kreisgebietsreform votierten. Die CDU steht an der Seite der Bürgermeister und der Landrätin des Landkreises Teltow-Fläming, die die Verwaltungsstrukturreform einstimmig ablehnen. Wir werden jetzt mit mehreren Partnern zunächst eine Volksinitiative starten, mit dem Ziel, einen Volksentscheid über die Reform durchzuführen. Jetzt haben die Brandenburgerinnen und Brandenburger das Wort. Unsere Forderung ist, alle 14 Landkreise und 4 kreisfreien Städte zu erhalten und keine Zwangsfusionen zuzulassen.“

Quelle: Blickpunkt, 15.07.2016

Haftanstalten - Polizei konfisziert 150 Handys in Gefängnissen

Brandenburger Häftlingen gelingt es immer häufiger, Handys in die Gefängniszellen zu schleusen. Im vergangenen Jahr sind 150 illegale Mobiltelefone sichergestellt worden. Ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Jahr davor. In einigen Fällen sind auch JVA-Angestellte die Handy-Schmuggler.

Potsdam. In Brandenburger Gefängnissen sind im vergangenen Jahr rund 150 illegal eingeschleuste Mobiltelefone sichergestellt worden. Im Vorjahr waren es 109, wie das Justizministerium am Mittwoch auf Anfrage mitteilte. Oft wurden die Handys von Gefangenen nach dem Ausgang eingeschmuggelt. Auch Besucher „versorgten“ Häftlinge mit den verbotenen Telefonen.

In zwei Fällen bestätigte sich der Verdacht, dass Bedienstete Mobiltelefone eingeschmuggelt hatten. In wenigen weiteren Fällen dauern die Ermittlungen noch an.

CDU-Politiker fordert Handyblocker und bessere Kontrollen

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum, warf dem Justizministerium Versagen vor. Es sei nicht hinnehmbar, dass Häftlinge in den Gefängnissen des Landes mit eingeschleusten Mobiltelefonen ihre kriminellen Machenschaften fortführten. Der Einsatz von Handyblockern müsse stärker geprüft, die Besucherkontrollen müssten erhöht werden.

Zum Aufspüren verbotener Handys werden nach Angaben des Ministeriums in den Anstalten Detektoren eingesetzt. Ein Gefängnis – dessen Name aber nicht bekannt gegeben wird – erprobt derzeit eine Anlage zum Stören unerlaubter Mobilfunkkommunikation.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 06.07.2016

Zweite soll Erste sein Landessozialgericht: Neue Spitze zur Berlin-Wahl

Potsdam/Berlin - Jetzt soll es mit der Besetzung des seit Ende 2013 vakanten Präsidentenpostens am Landessozialgericht Berlin-Brandenburg in Potsdam ganz schnell gehen - wenn es keine neuen politischen Ränke im Berliner Senat gibt. Nach dem Rückzug des Favoriten für die Stelle wollen Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) und Brandenburgs Justizminister Steffen Ludwig (Linke) die Personalie noch vor der Berliner Abgeordnetenhauswahl im September regeln, durch die Kabinette und den gemeinsamen Richterwahlausschuss bringen.

Dabei läuft es auf Sabine Schudoma zu, die Präsidentin des Sozialgerichts Berlin, das größte in der Bundesrepublik. Sie ist auch Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes Berlin. Eine Neuausschreibung wollen alle Beteiligten vermeiden. Die Zeit drängt: Im Herbst geht der Vize-Präsident des Gerichts, Herbert Oesterle, in Pension. Ohne eine zügige Entscheidung wäre es führungslos. Das Landessozialgericht will nun binnen kürzester Zeit einen neuen Besetzungsbericht verfassen, den der Präsidialrat dann dem Justizministerium eilig vorlegen will. Dann könnte das politische Verfahren starten. Axel Hutschenreuther, Sprecher des Landessozialgerichts, sagte, es wäre sehr wünschenswert, wenn über die Personalie noch im August abgestimmt wird. Dann gäbe es eine Entscheidung vor der Abgeordnetenhauswahl. Wie berichtet hatte Senatskanzleichef Björn Böhning (SPD) seit Jahresbeginn verhindert, dass der Senat dem Favoriten, dem Bundessozialrichter Martin Karl Ernst Estelmann, grünes Licht gibt - obwohl Brandenburg ihn längst abgesegnet hatte. Böhning hatte rechtliche Bedenken gegen die Wahl des als CDU-nah geltenden Estelmann angemeldet, riet zu einer Neuausschreibung und wollte die zweitplatzierte Bewerberin auf den Posten hieven: Sabine Schudoma.

Seither verhandelten Böhning und Justizsenator Heilmann nur noch schriftlich. Die Sache drohte im Wahlkampf um das Abgeordnetenhaus zu versinken. Böhning warf Heilmann indirekt vor, Schudoma wegen ihrer SPD-Nähe verhindern zu wollen. Die Justizsenatsverwaltung sah sich gezwungen, Böhning über die Grundsätze des Ausschreibungs- und Stellenbesetzungsrechts und die vorherigen Verfahrensfehler zu belehren, wegen derer sich die Auswahl um zwei Jahre verzögerte. Estelmann zog seine Bewerbung dem Vernehmen nach zurück, um allen Seiten einen langwierigen Rechtsstreit zu ersparen. Zudem habe er sich zunehmend durch die Ränke in Berlin selbst beschädigt gesehen, hieß es. Der Rechtsexperte der Brandenburger CDU-Landtagsfraktion Danny Eichelbaum, der auch im Richterwahlausschuss sitzt, bedauerte am Dienstag Estelmans Rückzug. "Es ist bedauerlich, dass Martin Estelmann seine Bewerbung zurückgezogen hat. Er ist ein exzellenter Jurist und hätte die Präsidentenstelle gut ausgefüllt", sagte Eichelbaum. "Aber auch Frau Schudoma ist als Präsidentin des Berliner Sozialgerichtes eine gute Wahl." Er hoffe, dass mit dem Verfahren nun spätestens bis zum Herbst "die Arbeitsfähigkeit des Landessozialgerichts wiederhergestellt wird". Die habe die Senatskanzlei von Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller (SPD) mit ihren Einmischungsversuchen gefährdet.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 29.06.2016

Ausgewählte Termine Oktober 2016

- 11.10.2016 10 Uhr Sitzung des CDU- Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
14 Uhr Sitzung der Parlamenatrischen Kontrollkommission
- 12.10.2016 9.30 Uhr Sitzung des Richterwahlausschusses in Potsdam
- 13.10.2016 10.00 Uhr Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages in Potsdam
18.00 Uhr Sitzung der CDU-Kreistagsfraktion in Ludwigsfelde
- 15.10.2016 10 Uhr Fahrraddemo in Gröben
- 17.10.2016 17 Uhr Sitzung des Kreistages in Luckenwalde
- 18.10.2016 10 Uhr Sitzung des CDU- Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 20.10.2016 10.30 Uhr Rechtspolitisches Fachgespräch in Potsdam
14 Uhr Besichtigung des BER in Schönefeld
- 24.10.2016 18 Uhr Sitzung des CDU-Kreisvorstandes in Luckenwalde
- 25.10.2016 10 Uhr Sitzung des CDU- Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 26.10.2016 13 Uhr Gespräch mit dem Kreisbauernverband Teltow-Fläming



05.09.2016 Praktikum von
Oberfeldwebel Marcel Köhler



05.07.2016 Praktikum von Leutnant
zur See Ronja Seefeld

Impressum:

Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de